

Abwasserzweckverband: Fader Beigeschmack

Zur Berichterstattung in der Mittelbayerischen Zeitung vom 22./23. Dezember „Pfattertal: Ex-Chef muss 56 000 Euro zurückzahlen“ und „Am System S. nahm niemand Anstoß“.

„Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts lag durchaus im Interesse der Bürger. Es bleibt aber ein fader Beigeschmack. Als Zuhörer bei der Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Regensburg am 21. Dezember kam die blanke Wut in mir hoch.

Der Artikel in der MZ hätte auch die Überschrift tragen können: „Weitere 258 000 Euro verspielt.“ Mit Bürgermeister und Verbandsräten, die ihre Aufgaben ernst nehmen, wäre es nicht nur zu einer Verjährung der Ansprüche auf Rückzahlung durch Herrn S. gekommen. Nein, die überhöhten Bezüge wären nicht gezahlt worden.

Vor Gericht erdreisteten sich beide Parteien darauf hinzuweisen, dass sie von der Regelung des § 20a der Bayerischen Gemeindeordnung (GO), über die zulässige Höhe von Vergütungen, nichts gewusst hätte. Zudem verwies die Klägerseite darauf, dass der ehemalige Vorsitzende des AZV ein Ingenieur sei und keine Ausbildung im Kommunalrecht habe.

Die GO ist neben dem „gesunden Menschenverstand“ Richtschnur für jegliches Handeln der Gemeinderäte und Bürgermeister und damit Pflichtlektüre. Zudem verfügt jede Gemeinde über entsprechendes Verwaltungsfachpersonal (Geschäftsleiter), welches man vor Entscheidungen einbinden kann. Die GO nimmt in ihren Formulierungen auch durchaus Rücksicht darauf, dass auch Laien mit ihr umgehen müssen.

Herr S. war früher stellvertretender Bürgermeister. Zumindest ein betroffener Bürgermeister hat vor Amtsantritt als Geschäftsleiter in einer Ge-

meinde gearbeitet. Weiterhin gibt es im Stellenplan des AZV den Dienstposten eines „Leiter der Verwaltung“. Wo war dieser gebündelte Sachverstand bei der Festlegung der Zuwendungen für Herrn S.? Gibt es etwa nicht nur das „System S.“ sondern auch das „System Verbandsversammlung“, in dem jedes Mitglied seine Hauptaufgabe darin sieht, gegenseitig die Versäumnisse und Verfehlungen der anderen Mitglieder, zum Schaden für uns Bürger, zu decken?

Die Politiker beklagen nach jeder Wahl die Politikverdrossenheit der Bürger. Es ist nicht Politik, sondern Politiker-Verdrossenheit. Die Bürger resignieren, weil Politiker auf allen Ebenen lügen, betrügen und sich aus der Verantwortung stehlen.

Mir reicht es nicht, dass ein Bürgermeister oder Verbandsrat seine Versäumnisse eingesteht. Konsequenter wäre es gewesen, wenn alle „Mitwirkenden“ des „Dramas AZV“ von ihren öffentlichen Ämtern zurückgetreten wären. Damit hätten sie die (politische) Verantwortung übernommen. Wie sollen all die Verfehlungen aufgeklärt werden, wenn die mutmaßlichen Täter dabei die Regie führen.

Der von den Verbandsräten, zu Beginn ihrer Amtszeit als Gemeinderat, geleistete Amtseid ist in die Bedeutungslosigkeit abgedrftet.

Heinrich Heling

Thalmassing

→ Schreiben Sie uns Ihre Meinung
lk-regensburg@mittelbayerische.de

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Sie müssen sich generell auf Veröffentlichungen unserer Zeitung beziehen. Bitte fassen Sie sich kurz – damit möglichst viele Leser zu Wort kommen, müssen wir uns das Recht auf Kürzungen vorbehalten.

Leserbriefe mit beleidigendem oder unwahrem Inhalt werden ebenso wie anonyme Zuschriften (deswegen für Rückfragen bitte auch Ihre Telefonnummer angeben) nicht veröffentlicht.